

Bisher waren die Zuführungen zum Direktorfonds völlig unabhängig von der Erfüllung der Selbstkostensenkungsaufgabe, obwohl gerade die Quote der Selbstkostensenkung eine der wichtigsten ökonomischen Kennziffern ist. Im neuen sowjetischen Lehrbuch „Politische Ökonomie“ heißt es darüber:

„Die Selbstkosten der Erzeugnisse sind die wichtigste allgemeine Kennziffer der Qualität der gesamten Arbeit des Betriebes. In den Selbstkosten findet die gesamte Produktions-, Versorgungs- und Absatztätigkeit des Betriebs ihren Niederschlag. Je niedriger die Selbstkosten sind, Erfüllung des Produktionsplans und entsprechende Qualität der Produktion vorausgesetzt, um so höher ist die wirtschaftliche Leistung des Betriebes. Der Staat setzt die Kennziffern für die Selbstkostensenkung planmäßig und systematisch fest, ausgehend von fortschrittlichen Normen für den Arbeitsaufwand und die Ausnutzung der Produktionsmittel.“<sup>1</sup>

Steigt die Arbeitsproduktivität, sinkt also der Arbeitsaufwand je Produkt, dann bedeutet dies, daß auch die Selbstkosten je Produkt stetig sinken. Die Höhe der Selbstkosten ist ausschlaggebend für die Festsetzung der Preise und somit entscheidend für die Erhöhung des Reallohns und die Verbesserung der Lebenslage der Bevölkerung.

In diesem Zusammenhang müssen wir uns die Worte unserer Genossin Frida Hockauf vergegenwärtigen: „Wie wir heute arbeiten, so werden wir morgen leben.“ — Die Losung Frida Hockaufs auf die Frage der Selbstkosten abgewandelt heißt: „Senken wir heute die Selbstkosten der Produktion — dann können wir die von uns selbst produzierten Waren morgen billiger kaufen.“ Dulden wir Schlamperei im Betrieb, sorglosen Umgang mit Material und Arbeitsbummelei, dann können wir die Selbstkosten der Produktion nicht senken und den Wunsch der Werktätigen auf Herabsetzung der Preise nicht verwirklichen.

Für die Betriebe bestand bisher kein materieller Anreiz, durch Einhaltung der Selbstkostensenkungsaufgabe ihrerseits zur Verbesserung der Lebenslage der gesamten Bevölkerung beizutragen. Im Gegenteil, auch die Betriebe, die ihre Erzeugnisse sogar mit höheren Selbstkosten produzierten als der Plan vorsah, waren berechtigt, 4 Prozent dem Direktorfonds zuzuführen, wenn durch höheren Warenausstoß die im Plan festgelegte Gewinnsumme ausgewiesen wurde.

Eine solche Handhabung des Prinzips der materiellen Interessiertheit, die nicht der Verknüpfung der betrieblichen Interessen mit den gesamtstaatlichen Interessen dient, hemmt die Entwicklung der Produktivkräfte und die weitere Verbesserung der Lebenslage der Bevölkerung. Es liegt deshalb im ureigensten Interesse der Werktätigen, daß die neue Direktorfonds-Verordnung nur solchen Betrieben die volle Zuführung zum Direktorfonds gestattet, die ihre Selbstkostensenkungsaufgabe einhalten und ihren Teil zum nächsten Schritt bei der Erhöhung des Lebensniveaus beitragen.

Die Aufgabe der Parteioorganisationen in den Betrieben besteht jetzt darin, den Werktätigen die neue Direktorfonds-Verordnung gründlich zu erläutern. Wenn Schwierigkeiten in der Planerfüllung auf treten, haben die Genossen die Pflicht, mit der Belegschaft zu beraten, ihre Vorschläge zu hören und selbst vorzuschlagen, was zu tun ist, um den Plan dennoch zu erfüllen. Das 21. Plenum des Zentralkomitees hat klar die Fehler und Mängel in der Leitung unserer sozialistischen Betriebe gezeigt und allen Betrieben den richtigen Weg für die Verbesserung der Arbeit und zur Erhöhung der Rentabilität gewiesen. Die Möglichkeit der

<sup>1</sup> Lehrbuch „Politische Ökonomie“, XXXIII. Kapitel, Seite 536, Dietz Verlag 1955